

FSG in Flensburg: 62 Millionen Euro Fördermittel für LNG-Schiffe entzogen

Bund widerruft 62 Millionen Euro Förderung für LNG-Bunkerschiffe bei FSG in Flensburg, betroffen: Beschäftigte und künftige Aufträge.

Kritik an fehlenden Anlagen für LNG-Bunkerschiffe

Schwierige Zeiten für die Flensburger Werft und ihre Mitarbeiter

25.07.2024, 16:52 Uhr

Die Rücknahme der Fördergelder für den Bau von Flüssiggas-Bunkerschiffen hat erhebliche Konsequenzen für die Werftlandschaft in Schleswig-Holstein. Die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (FSG) steht nun vor einer kritischen Situation, nachdem der Bund 62 Millionen Euro für das Projekt widerrufen hat. Diese Entscheidung könnte nicht nur den Fortbestand von Aufträgen gefährden, sondern auch die Existenzen vieler Beschäftigter am Standort Flensburg beeinträchtigen.

Politische Reaktionen und Äußerungen

Die Bundesregierung hat betont, dass die Förderung aufgrund nicht genügend gesicherter finanzieller Mittel zurückgezogen wurde. Dieter Janecek, Koordinator der Bundesregierung für Maritime Wirtschaft, erklärte, dass trotz intensiver Bemühungen das notwendige Eigenkapital nicht zur Verfügung gestellt wurde. „Das ist leider ein harter Schlag für die Beschäftigten der Werft“, äußerte er. Gleichzeitig verwies ein Sprecher der FSG darauf, dass die bereitgestellten Unterlagen fristgerecht eingereicht worden seien.

Das Marktumfeld und seine Herausforderungen

Die aktuelle Situation der FSG steht in einem größeren Kontext. Der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte im vergangenen Jahr Förderbescheide für drei LNG-Bunkerschiffe übergeben, die nun wegen dramatisch gestiegener Material- und Energiekosten neu bewertet werden müssen. Solche Herausforderungen haben nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die FSG, sondern werfen allgemein ein Schlaglicht auf die Probleme der deutschen Werftindustrie, die zunehmend unter Druck steht.

Folgen für die Belegschaft und die Region

Die Mitarbeiter der FSG könnten als erste unter den Folgen dieser Entscheidung leiden. Angesichts der aktuellen Finanzierungsprobleme ist nicht nur die Umsetzung geplanter Aufträge, sondern auch die Stabilität der Arbeitsplätze gefährdet. Laut der Nordic Hamburg Gruppe erstaunt die Entscheidung zur Rücknahme der Förderung und könnte den Bau der geplanten Bunkerschiffe, die für die maritime Wirtschaft bedeutend sind, langfristig beeinträchtigen.

Zukunftsperspektiven und Alternativen

Während die Werft in Flensburg mit bedeutenden

Herausforderungen konfrontiert ist, bleibt die Landesregierung von Schleswig-Holstein bereit, den Austausch über mögliche Lösungen und Neuausrichtungen zu suchen. Der Aufbau von Produktionskapazitäten für Offshore-Konverterplattformen wird als potenzielle Alternative betrachtet. Diese Diversifikation könnte der FSG helfen, sich in einem sich schnell verändernden Markt zu behaupten und neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Insgesamt zeigt die jetzige Situation der Flensburger Werft nicht nur die Fragilität des maritimen Sektors auf, sondern spiegelt auch die Herausforderungen wider, mit denen die gesamte Industrie in Deutschland konfrontiert ist. Angesichts dieser Umstände ist es entscheidend, dass auch die politische Unterstützung für die Werften und deren Innovationskraft weiter ausgebaut wird.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de